

# «Wohlbefinden der Menschen ist wichtig»

Im Jahre 2004 ist **Beat Vonlanthen** in den Staatsrat gewählt worden. Der CVP-Politiker hatte sich zum Ziel gesetzt, das Pro-Kopf-Einkommen der Freiburger zu erhöhen. Heute will er zudem die Lebensqualität verbessern. Als Massstab dienen andere Regionen Europas.

ARTHUR ZURKINDEN

Wer ein Rendez-vous mit dem Freiburger Volkswirtschaftsdirektor Beat Vonlanthen möchte, hat es nicht leicht. Seine Agenda ist prall gefüllt, von morgens um 7 Uhr bis abends um 23, ja 24 Uhr. Und auch am Samstag ist Arbeit angesagt. Am Sonntag ist der 54-jährige Vater von drei Kindern froh,

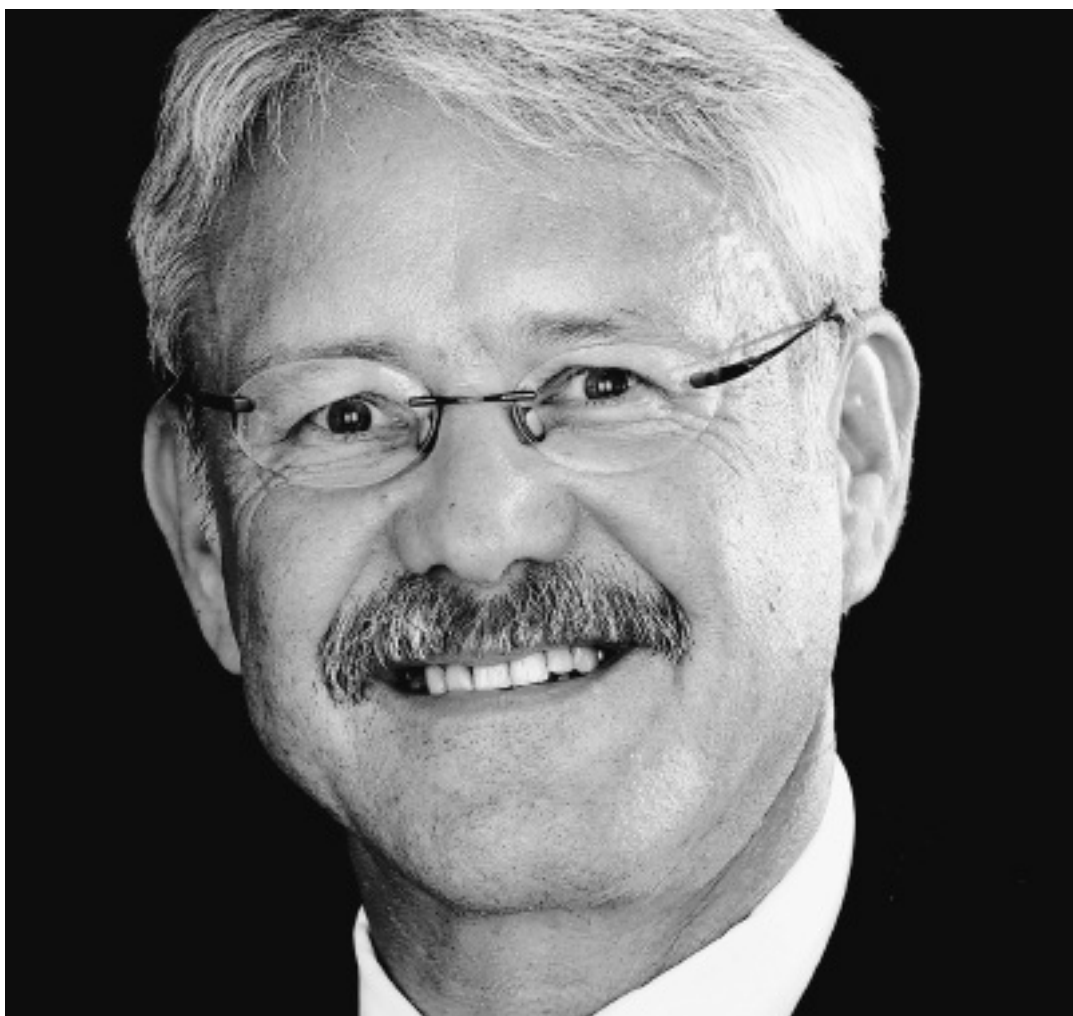


wenn er ein paar Stunden seiner Frau und Familie widmen kann. Und dies gibt ihm die Kraft für die nächste Woche. Aber wieso tut er sich das an? «Ich habe einen Traumjob», sagt er: weil der heutige Volkswirtschaftsdirektor am Puls der Wirtschaft sei, weil er Einfluss nehmen könne auf die Zukunft des Kantons Freiburg mit seinen dynamischen Unternehmen, mit seiner Jugend.

Einfluss nehmen will der CVP-Politiker auf die Attraktivität von Freiburg als Standort für Unternehmen, auf die Berufsbildung, auf die Weiterentwicklung der Fachhochschulen, die Förderung des Tourismus, aber auch auf den Ausbau des öffentlichen Verkehrs und auf die Förderung der erneuerbaren Energien. Ein nachhaltiges Handeln, also ein Handeln, das sich nicht negativ auf künftige Generationen auswirkt, war schon immer Vonlanthens grosses Anliegen.

## Führend in Lebensqualität

«Ja, es stimmt, dass das Pro-Kopf-Einkommen Freiburgs im Vergleich zu anderen Kantonen nicht so hoch ist. Wichtig ist aber, dass sich die Menschen hier wohlfühlen und dass ein sozialer Ausgleich stattfindet. Gibt es bloss Arm und Reich, so führt dies zu Konflikten», zeigt er sich überzeugt. «Wir müssen die Rahmenbedingungen so festlegen, dass wir weiterkommen. Aber im Kantonsvergleich zählten



«Ich habe einen Traumjob», sagt Volkswirtschaftsdirektor Beat Vonlanthen.

Bild Charles Ellena

nicht nur Zahlen», fügt er bei. Er möchte Freiburg mittels des «Happy Planet Index», einer Art grünen Bruttoinlandsprodukts, mit andern Regionen Europas vergleichen. So nimmt Freiburg denn auch an einem Pilotprojekt teil, bei welchem die hiesige Lebensqualität mit derjenigen im Elsass, in der Île de France oder in Baden-Württemberg verglichen wird. Vonlanthens Traum ist es, so zu beweisen, dass Freiburg bezüglich Lebensqualität führend ist.

## Geothermie nutzen?

Zur Lebensqualität trägt auch eine zukunftsgerichtete Energiepolitik bei. Seit dem 1. Oktober 2010 ist Vonlanthen Präsident der Konferenz der kantonalen Energiedirektoren. Als solcher ist er stolz, dass Freiburg einer der vier Kantone ist, die am meisten von eid-

genössischen Subventionen für Energieprojekte profitiert haben. Als solcher begrüsst er auch den Atomausstieg, weiss aber, dass dieser nicht so einfach machbar ist.

«Ohne Opfer geht es nicht», sagt er. So drängen sich Massnahmen auf, die in Mustervorschriften 2014 münden werden. Das kann bedeuten, dass Elektroheizungen verboten werden, dass die neuen Gebäude im Heizbereich autonom sein, also ohne Energiezufuhr auskommen müssen, dass Lenkungsabgaben eingeführt werden usw.

Der Sensler Staatsrat setzt voll auf die erneuerbaren Energien. So ist er ein klarer Befürworter des Windparks Schwyberg. Er wehrt sich auch nicht grundsätzlich gegen Kleinwasserkraftwerke, sie müssten aber mit dem Naturschutz vereinbar sein. «Vor- und Nachteile müssen abgewogen werden», sagt er.

Vonlanthen glaubt aber auch, dass in der Geothermie viel Potenzial steckt, gerade im Kanton Freiburg. So weiss er, dass Freiburg gute Möglichkeiten hat, diese effizient zu nutzen. Eine Machbarkeitsstudie, die er in Auftrag gegeben hat, soll dies beweisen. Probebohrungen sind in Murten, Freiburg und Bulle vorgesehen.

Als Volkswirtschaftsdirektor hat Vonlanthen die Innovationsfähigkeit des Kantons schon x-mal hervorgehoben. «Innovation bedeutet Wachstum, bedeutet Schaffung von Arbeitsplätzen», betont er. So glaubt er ganz fest an die Verwirklichung eines Innovationsparks auf dem Cardinal-Gelände in Freiburg. Er ist zuversichtlich, dass auch die ETH Lausanne mitmacht. Stolz ist er auf die Gründung eines Wissenschafts- und Technologie-Zentrums (WTZ) in Freiburg, von dem unzählige Freiburger Unternehmen profitieren können. Unterstützt wird das WTZ gegenwärtig auch durch Mittel der Neuen Regionalpolitik. Dabei ist Vonlanthen überzeugt, dass nicht bloss die städtischen Agglomerationen davon Nutzen ziehen können, sondern auch die Rand- und Bergregionen.

Alle **Porträts** der Staatsratskandidatinnen und -kandidaten unter «Wahlen 2011» auf [www.freiburger-nachrichten.ch](http://www.freiburger-nachrichten.ch)

## Gretchenfragen: Der Kandidat als Privatmensch

Vier Fragen an Staatsratskandidat Beat Vonlanthen:

### Welches Gesetz würden Sie gerne abschaffen?

Mit dem neuen Gesetz über die Beschäftigung haben wir vier Gesetze, zwei Verordnungen, drei Reglemente, ein Dekret und vier Staatsratsbeschlüsse abgeschafft.

### Welches Talent würden Sie gerne besitzen?

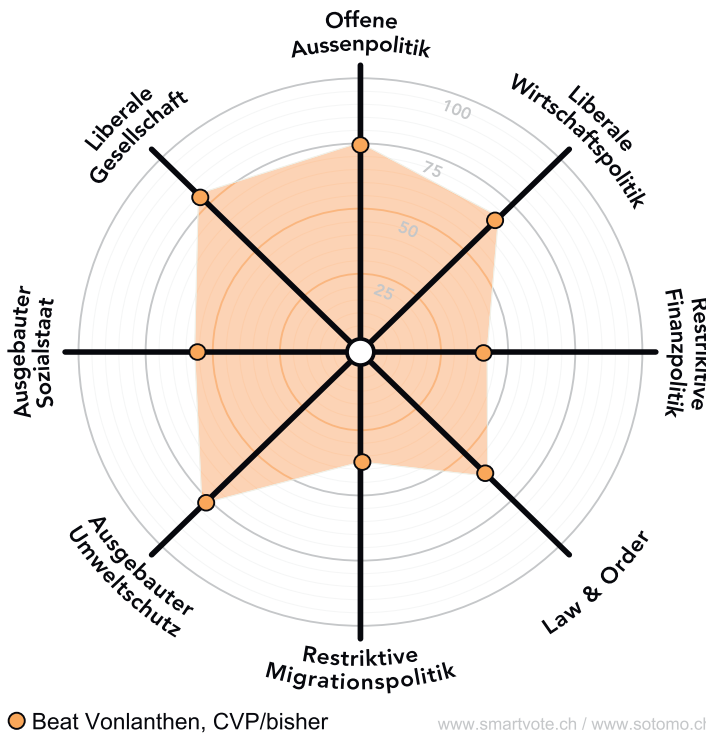
Ich möchte gerne ein Ausdauerläufer sein, so wie mein Schwager Karl Stritt.

### Von welchem Beruf träumen Sie als Kind?

Schlagersänger.

### Mit welcher Person würden Sie gerne zu Abend essen?

Mit dem brasilianischen Schriftsteller Paulo Coelho. az



● Beat Vonlanthen, CVP/bisher

[www.smartvote.ch](http://www.smartvote.ch) / [www.sotomo.ch](http://www.sotomo.ch)

## Der Aussenminister

Beat Vonlanthen wird sich bei einer Wiederwahl nicht mehr um den öffentlichen Verkehr kümmern. Dieser Bereich wird neu dem Baudirektor unterstellt. Mit einigem Stolz kann er aber Mitte Dezember der Eröffnung der Freiburger S-Bahn zwischen Bulle und Freiburg resp. Bern beiwohnen. Für dieses Projekt hat er sich mit Herzblut eingesetzt.

Neu wird er aber die Interessen Freiburgs ausserhalb des Kantons wahrnehmen, sozusagen als «Aussenminister». «Es gilt, den Kanton Freiburg innerhalb der Schweiz besser zu positionieren», nennt Vonlanthen, wofür er sich als Präsident der Konferenz der Westschweizer Regierungen in den Jahren 2012 und 2013 besonders einsetzen will.

## Eines der Opfer des Überfalls war ein Komplize der beiden Täter

Die Behörden haben einen seltsamen Raubüberfall aufgeklärt. Drei Männer hatten den Angriff in Domdidier organisiert und ausgeführt.

FAHRETTIN CALISLAR

**DOMDIDIER** Nach einem Raubüberfall in Domdidier im Mai wurden drei Männer befragt. Zwei von ihnen gestanden, den Überfall begangen zu haben. Ein dritter Mann, der sich damals als zweites Opfer ausgegeben hatte, gab im Nachhinein zu, bei der Organisation des Überfalls beteiligt gewesen zu sein. Dies meldete gestern die Kantonspolizei Freiburg.

Der Tathergang, wie ihn die Polizei nun rekonstruiert hat: Am 18. Mai meldete sich eine 48-jährige Person beim Poli-

zeiposten in Domdidier und gab an, sie sei zu Hause überfallen und ausgeraubt worden. Sie sagte aus, ein Freund sei Zeuge des Überfalls gewesen. Dieser habe sie aber aus zeitlichen Gründen nicht auf den Posten begleiten können.

Das Opfer beschrieb die beiden Angreifer als verumumt und mit einem Messer sowie einer Schusswaffe bewaffnet. Die beiden hätten ihm mehrere zehntausend Franken abgenommen, ihn gefesselt und seien dann in unbekannte Richtung geflohen. Die Polizei löste daraufhin eine intensive Fahndung aus.

## Das «falsche» Opfer

Im September wurden drei Personen im Alter zwischen 19 und 38 Jahren festgenommen. Sie sind schweizerische und spanische Staatsangehörige

und wurden durch die Kantonspolizei, den Staatsanwalt und den Haftrichter verhört. Anschliessend legten sie ein vollständiges Geständnis ab.

Der 38-jährige Mann wurde wegen Anstiftung zum qualifizierten Raubüberfall und Irreführung der Rechtspflege angeklagt. Als Komplize der eigentlichen Räuber hatte er das Opfer beim Überfall begleitet und sich als dessen Freund ausgegeben. Er wurde ebenfalls gefesselt. In Tat und Wahrheit hatte er den Überfall mitorganisiert. Die beiden anderen Männer wurden gleichermassen angeklagt. Sie gaben zu, die Tat mit einer Pistolenattrappe ausgeübt zu haben.

Die drei Angeklagten waren während rund drei Wochen in Untersuchungshaft und wurden Anfang Oktober wieder freigelassen.

## Erziehungsdirektion verlangt Vorschläge von welschen Lehrern

Lehrpersonen aus Matran sind besorgt über die Einführung eines neuen Lehrplans. Die Erziehungsdirektion zeigt Verständnis, verlangt aber Vorschläge seitens der Lehrer.

URS HAENNI

**MATRAN** Lehrpersonen der Kindergarten- und Primarstufe von Matran hatten Anfang September der Freiburger Erziehungsdirektion einen gemeinsam unterzeichneten Brief zugestellt, in dem sie sich kritisch zur Einführung eines neuen Westschweizer Lehrplans äusserten. In diesem «Brief von Matran» erwähnten sie insbesondere eine Arbeitsüberlastung während der Übergangsphase von einem

Lehrplan zum anderen. Die Erziehungsdirektorin Isabelle Chassot und Léon Gurtner, Vorsteher des Amtes für französischsprachigen Unterricht, haben nun ihre Antwort der gesamten betroffenen Lehrerschaft zukommen lassen. «Die Direktion versteht die mit der Einführung des Lehrplans verbundenen Sorgen, unterstreicht jedoch, dass nie die Rede davon war, diesen neuen Lehrplan im Eiltempo einzuführen», schreiben sie.

## Erleichterungen gewährt

Man wolle die richtigen Massnahmen bezüglich der im Brief angetönten Probleme ergreifen, heisst es weiter. Die Erziehungsdirektorin fordert deshalb alle Beteiligten auf, Vorschläge zur Verbesserung, Vereinfachung und Verringerung des Arbeitsaufwandes einzu-

reichen. Gleichzeitig wehren sich die Verantwortlichen des Kantons auch gegen den Vorwurf, sie hätten wenig oder nichts zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen gemacht.

In ihrer Antwort erwähnen Chassot und Gurtner unter anderem folgende Erleichterungen: Die Verdoppelung des Personals des Mediationsdienstes für Kindergarten und Primarschule; Hilfe zur Handhabung von Schülern mit schwierigem Verhalten; Hilfe für Lehrpersonen mit Burn-out; Unterstützung für die Integration von Schülern; Einführung von Schulleitungen.

Auch zeigen sich die kantonalen Verantwortlichen überzeugt, administrativen Aufwand abgebaut zu haben. So müsse etwa eine Selbsteinschätzung nur noch alle zwei Jahre verfasst werden.